Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 28 (1936)

Heft: 4

Artikel: "AAA" : die amerikanische Landwirtschaft unter der Staatskontrolle

Autor: Woytinsky, Wladimir

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352808

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Planung zur unabweislichen Notwendigkeit. Die demokratische Regierungsform wird nur bestehen können, wenn sie diese Aufgaben kraftvoll und mit der «Vision» einer besseren Zukunft in die Hand nimmt. Roosevelts Verwaltung suchte das Notwendige im demokratischen Rahmen zu tun. Vieles misslang, weil das Planen noch zu planlos erfolgte, weil politische Opportunität noch zu viele Kompromisse erforderte. Vieles misslang, weil nicht auf allen Gebieten schnell genug eine Verwaltung aufgebaut werden konnte, die sich dieser Aufgaben, für die es noch keine «Precedenzien» gab, gewachsen zeigte. Gescheitert ist vor allem der Aufbau einer Industrieverwaltung, der N. I. R. A., der Code-Aemter. Der Aufbau einer Landwirtschaftsverwaltung auf der anderen Seite ist gelungen, in enger Kooperation mit Bauernvertretern bis hinunter zum kleinsten Dorf. Auch für die Organisation öffentlicher Arbeiten wurde nach langem Bemühen eine grosszügige Verwaltungsmaschine errichtet, die ihre Organe in fast jeder Stadt der Union hat. — So wie die Krisenwirtschaft sich in vielfacher Hinsicht die Erfahrungen der Kriegswirtschaft zunutze machen konnte, so wird auch jede weitere Fortentwicklung planwirtschaftlicher Elemente auf die Erfahrungen der «New-Deal»-Verwaltung zurückgreifen. Insofern hat der «New Deal» für jede weitere Reform Pionierdienste geleistet.

„AAA"
Die amerikanische Landwirtschaft unter der Staatskontrolle.

Von Wladimir Woytinsky, Washington.

Der Oberste Gerichtshof hat am 6. Januar 1936 die Agricultural Adjustment Administration für verfassungswidrig erklärt, weil die in dieser Agrargesetzgebung aufgestellten Erzeugungsbeschränkungen in unzulässiger Weise die Rechte der einzelnen Staaten antasteten. Wir veröffentlichen hier eine Arbeit über die amerikanische Agrarpolitik, die vor diesem Richterspruch abgeschlossen wurde. Sie hat jedoch nicht an Aktualität verloren, da die landwirtschaftliche Hilfe in irgendeiner Form weitergeführt werden wird. So hat der Senat vor einigen Wochen einen Kredit von 500 Millionen $ zur Auszahlung von landwirtschaftlichen Subventionen bewilligt. Noch ungelöst bleibt allerdings das Problem der Finanzierung. Die finanzielle Grundlage der früheren Agrargesetzgebung, die Erhebung der Verarbeitungssteuer, wurde ebenfalls verboten, weil sie mit der amerikanischen Verfassung unvereinbar sei.

AAA ist die Abkürzung für die «Agricultural Adjustment Administration», d. h. Verwaltung für die Anpassung der Landwirtschaft. Wenn man in Amerika über die Anpassung der Landwirtschaft spricht, braucht das Wort «Anpassung» nicht erklärt zu werden. Jeder weiss, dass es sich hier um die An-

passung der Produktion an den Bedarf des Marktes handelt, und zwar — vorläufig — um eine Anpassung nach unten, die auf den Schutz der agrarischen Preise hinausläuft. Der Zweck der Aktion besteht in der Liquidierung der Vorräte, die sich während der Krise angehäuft haben und einen immer stärkeren Druck auf die Preise ausüben.

Amerika, das dem europäischen Auge in erster Linie als das mächtigste Industrieland der Welt erscheint, ist zugleich auch ein riesiges Agrarland — sein Gedeihen hängt vom Gleichgewicht zwischen den beiden Produktionszweigen ab. Nun war dieses Gleichgewicht durch die Krise aufs schwerste gestört. Die Schrumpfung der industriellen Produktion, beim gleichbleibenden Umfang der agrarischen Produktion, hat einen noch nicht dagewesenen Sturz der landwirtschaftlichen Preise hervorgerufen; der Ausfall an Kaufkraft der Landwirte hat zur weiteren Schrumpfung der industriellen Tätigkeit geführt und die Ueberwindung der Krise bedeutend erschwert. Die Not der Landwirtschaft verschärft die Not der Industrie und wird ihrerseits durch die letztere gesteigert.

Der Schärfe der Krise in den Vereinigten Staaten entspricht auch die Kühnheit der Massnahmen, die hier für die Belebung der Wirtschaft ergriffen worden sind. Die «AAA» ist ein Glied im System dieser Massnahmen. Die Methoden, die die AAA anwendet, und die Ergebnisse ihrer Arbeit verdienen, von der Alten Welt aufmerksam erforscht zu werden, und zwar nicht nur vom Standpunkt der Agrarpolitik und des Schutzes der Landwirte, sondern auch von einem breiteren Standpunkt: Hier ist in einer eigenartigen Form ein Stück der Planwirtschaft versucht worden, und das Experiment soll besonderes Interesse bei allen erwecken, die sich für den Umbau des modernen Wirtschaftssystems im Sinne der «Planmässigkeit» einsetzen.

Vom Februar 1929 bis Februar 1933 ist die industrielle Produktion der Vereinigten Staaten um 48,7 Prozent, die Bautätigkeit sogar um 88 Prozent zurückgegangen, während die agrarische Produktion nur einen Ausfall von 4,6 Prozent aufwies.

In demselben Zeitabschnitt nahmen die Vorräte an Metallen um 3,6 Prozent zu, während die Vorräte an agrarischen Erzeugnissen sich um 61,9 Prozent und die Vorräte an Textilrohstoffen sogar um 81,1 vermehrten.

Diesem Unterschied entsprach das Auseinandergehen der Preise: die nichtagrarischen Preise im Grosshandel waren um 28,2 Prozent, die agrarischen aber um 61,2 Prozent gesunken. Oder nach einer anderen Methode berechnet: die Preise der von den Landwirten gekauften Waren gingen um 34 Prozent zurück, während die Landwirte als Verkäufer um 64 Prozent weniger als vor vier Jahren erhielten. Dadurch wurde das reale Einkommen der Landwirte fast um die Hälfte gesenkt, und zwar schrumpfte nicht

nur der absolute, sondern auch der relative Anteil der amerikanischen Landwirtschaft am Volkseinkommen zusammen. In den Jahren 1921 bis 1925 schwankte ihr Anteil zwischen 10,8 und 11,1 Prozent. Dann sank er 1926 auf 9,6 Prozent, bis 1929 auf weniger als 9 Prozent, um während der Krise auf 7 Prozent zu stürzen. Die Verbesserung des Preisverhältnisses zwischen den agrarischen und nichtagrarischen Erzeugnissen war eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Aber es war klar, dass eine eingreifende Aenderung des Preisverhältnisses unmöglich ist, solange kein Ausgleich zwischen dem Umfang der Produktion in den beiden Wirtschaftssektoren gesichert ist. Theoretisch liess die Aufgabe drei Lösungen zu:

1. Man konnte versuchen, die industrielle Produktion zu heben und sie an die Kapazität der Landwirtschaft anzupassen, ohne die agrarische Produktion zu bremsen.

2. Man konnte die agrarische Produktion verringern und sie dem Umfang der zusammengebrochenen industriellen Produktion anpassen.

3. Man konnte gleichzeitig mit der Erweiterung der industriellen Produktion die landwirtschaftliche Erzeugung einschränken.

Von den drei Wegen hat die Regierung Roosevelts den letzten gewählt.

Der «Agricultural Adjustment Act» wurde vom Kongress am 12. Mai 1933 angenommen. Er enthält folgende Richtlinien:

1. Ein solches Verhältnis zwischen der Produktion und dem Verbrauch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und solche Marktbedingungen sollen wiederhergestellt werden, dass der Wert der agrarischen Produktion im Vergleich mit den vom Farmer gekauften Waren dem Stand einer früheren Periode entspricht, nämlich der vom August 1909 bis 1914.

2. Die Paritätspreise sollen in möglichst kurzer Frist hergestellt werden, wobei jedoch der Aufnahmefähigkeit der heimischen und ausländischen Märkte Rechnung zu tragen ist.

3. Auch die Interessen der Verbraucher sollen geschützt werden. Dementsprechend ist die landwirtschaftliche Produktion auf einem solchen Niveau zu stabilisieren, dass die Quote der Verbraucherausgaben für die agrarischen Erzeugnisse diejenige der Periode vom August 1909 bis 1914 nicht übersteigt.

Man begann mit rein negativen Massnahmen; es wird aber versichert (und die Leiter der AAA sind dessen ehrlich überzeugt), dass es nicht dabei bleiben wird, dass sich das System mit der Zeit in ein Organ der positiven planmässigen Steuerung der Landwirtschaft verwandeln soll. Die AAA ist in ihrem Aufbau ebenso wie in ihrer Politik sehr stark dezentralisiert.

Ursprünglich dachte man bei der Verabschiedung des Gesetzes an sieben Hauptprodukte der Landwirtschaft: Baumwolle, Weizen, Mais, Schweine, Reis, Tabak und Milch. Im Jahre 1934 wurde die Liste erweitert und gegenwärtig enthält sie noch Zucker,

Rindvieh, Erdnüsse, Roggen, Flachs, Gerste und Moorhirse. Die Produktion bzw. der Verkauf der agrarischen Erzeugnisse wird auf zweierlei Weise geregelt:

a) Den Farmern wird nahegelegt, Verträge mit dem Ministerium der Landwirtschaft abzuschliessen und sich zu verpflichten, die Produktion in bestimmter Proportion einzuschränken. Dafür erhalten sie eine Vergütung für den Ausfall an Erzeugung. Zur Deckung der daraus entstehenden Spesen wird vom entsprechenden Produkt eine Verarbeitungssteuer erhoben.

b) die Verteilung der agrarischen Erzeugnisse wird mittels der Verkaufsverträge, Lizenzen, Preistarife u. ä. m. kontrolliert.

Seitens des landwirtschaftlichen Ministeriums sowie in der regierungsfreundlichen Presse wird betont, dass es sich hier in keinem Masse um Vorschriften der Staatsmacht an die Wirtschaft handelt: die AAA soll lediglich die genossenschaftliche Selbsthilfe der Landwirte fördern und anregen. Allerdings bin ich nicht sicher, dass die Genossenschafter europäischer Schule die Methoden der AAA für die Verwirklichung ihrer Ideale anerkennen werden. Tatsächlich beruht das ganze System auf dem Eingriff der Staatsmacht in die wirtschaftlichen Vorgänge: Die «freiwilligen» Verträge der Landwirte mit dem Ministerium stehen und fallen mit der Verarbeitungssteuer, deren Ertrag unter den «kooperierenden» Landwirten verteilt wird; ohne diesen Anreiz zur «Anpassung» bricht das ganze System zusammen. Aber der Grundsatz der Selbsthilfe und der Selbstbestimmung der Landwirte wird in den Vordergrund geschoben. Es werden Versammlungen veranstaltet, lokale, regionale und nationale Tagungen abgehalten, Gesetzentwürfe und ministerielle Programme auf Abstimmung der Interessenten gestellt. Und dies alles nicht allein aus politischen Gründen — es wird tatsächlich versucht, die Farmer zum organisierten Auftreten, zum Verständnis der volkswirtschaftlichen Fragen, zur planmässigen Zusammenarbeit zu erziehen. Und dieses Ziel ist den Grundsätzen des Genossenschaftswesens nicht fremd! Von diesem Gesichtspunkt aus ist es besonders wichtig, dass die Erfüllung der Verträge durch die « kooperierenden » Farmer und die lokalen Genossenschaften kontrolliert wird, die am Erfolg der eingeleiteten Aktion unmittelbar interessiert sind. Das Programm der landwirtschaftlichen Anpassung läuft in demselben Sinne wie die Politik der Genossenschaften und kann daher als eine Fortsetzung der letzteren gelten.

Im 2. Halbjahr 1933 begann die AAA ihre Arbeit.

Der Markt der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hat sich jedoch im Jahre 1933 weniger unter der Wirkung dieser Massnahmen als unter dem Einfluss der ausserordentlichen Dürre entwickelt. Die Erholung der Preise, besonders der Weizenpreise, gegen das Jahresende, konnte also kaum als Erfolg der AAA betrachtet werden. Von entscheidender Bedeutung für die neue Agrarpolitik sind die Jahre 1934 und 1935 gewesen.

Mit der grössten Rücksichtslosigkeit wurde in diesen Jahren das Programm der Anpassung in der Baumwollproduktion durchgeführt. Bereits im Jahre 1933 wurde die für die Baumwolle bestellte Fläche um 10½ Millionen Acre vermindert. Im Herbst 1933 machte das Ministerium ein zweijähriges Anpassungsprogramm bekannt. Es schlug den Produzenten der Baumwolle vor, ihm im Jahre 1934 35 bis 45 Prozent und im Jahre 1935 25 Prozent ihrer für die Baumwolle bestimmten Aecker zu verpachten. Die «verpachtete» Fläche sollte unbenutzt bleiben.

Mehr als 1,000,000 Landwirte haben sich diesem Programm angeschlossen, und so wurde im Jahre 1934 die mit der Baumwolle bebaute Fläche um rund 15 Millionen Acre gekürzt. Gemäss dem ursprünglichen Plan sollten die Landwirte, im Jahre 1935, einen Teil ihrer an die Regierung verpachteten Felder zurückerhalten, das Programm wurde aber in dem Sinne geändert, dass die Baumwollproduzenten dem Ministerium nicht 25 Prozent, sondern 35 Prozent der Anbaufläche abtreten konnten.

Dank diesen Massnahmen ist der Baumwollpreis in den Vereinigten Staaten von 6,5 Cents pro Pfund in 1932/33 auf 9,7 Cents in 1933/34 und 12,6 Cents in 1934/35 gestiegen. Die Gelderträge der Baumwollproduzenten waren:

in 1932/33	484	Millionen	Dollar
in 1933/34	880	»	»
in 1934/35	871	»	»

Die Vergütung für die «verpachteten» Felder schwankte zwischen 110 und 130 Millionen Dollar jährlich; die Besserung der Lage ist also in grösserem Masse von der Steigerung der Preise gekommen, als von den Staatssubventionen.

Das Baumwollprogramm der AAA hat eine eifrige Unterstützung seitens der Produzenten gefunden. Im Dezember 1934 wurden sämtliche Pflanzer aufgefordert, sich in geheimer Abstimmung über die Fortsetzung der Aktion im Wirtschaftsjahre 1935/36 zu äussern. Von 1,521,887 Landwirten, die sich an der Abstimmung beteiligt haben, haben mit «Ja» 89,4 Prozent gestimmt.

Zwecks der «Anpassung» der Weizenproduktion hat das Ministerium der Landwirtschaft im Jahre 1933 einen Dreijahresplan ausgearbeitet, der auf eine 15prozentige Verminderung der Anbaufläche hinauslief. Die Farmer, die sich verpflichteten, die für Weizen bestellte Fläche zu verringern, sollten den Ertrag der Vermahlungssteuer unter sich verteilen, die auf 30 Cents pro Bushel des Weizens festgesetzt war (sofern das Mehl für die Ernährung von Menschen im Inlande bestimmt war).

Im Jahre 1933 war jedoch lediglich die Anbaufläche für den Winterweizen gekürzt worden. Das Wesentliche in der Richtung der Anpassung wurde von den Wetterverhältnissen, nämlich von der Dürre besorgt.

Nur 577,000 Weizenfarmer (knapp 50 Prozent der Gesamtzahl) haben mit dem Ministerium Verträge abgeschlossen. Die grossen Weizenproduzenten im Westen, Nordwesten und Süden waren bereit, die Anbaufläche zu vermindern, während die kleinen Landwirte in den Industriegebieten des Ostens es für vorteilhafter fanden, die bevorstehende Preishausse auszunutzen. Im grossen ganzen repräsentierten die «kooperierenden» Farmer etwa 78 Prozent der amerikanischen Weizenproduktion. Aber im Jahre 1934 haben die «kooperierenden» Landwirte kaum besser als die aussenstehenden abgeschnitten. Die Weizenernte war auch in diesem Jahre ungewöhnlich schlecht (8,2 Bushel pro ha, gegen 12,5 im Durchschnitt der Jahre 1924/33), die Preise sind gewaltig gestiegen, und die Farmer, die die Anbaufläche nicht vermindert hatten, konnten am meisten davon gewinnen. In jedem Falle hat sich die Lage der Weizenproduzenten in den letzten Jahren verbessert. Ihr Geldertrag betrug:

1932	195	Millionen	Dollar
1933	366	»	»
1934	380	»	»

Das Anpassungsprogramm der AAA für den Mais ist eng mit den Massnahmen verbunden, die der Schweinezucht helfen sollen: Mais gilt in den Vereinigten Staaten als Schweinefutter, beinahe als Rohstoff für die Schweineerzeugung.

Die Lage dieses Zweiges der Viehzucht war hier bereits vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise höchst unerfreulich gewesen: starke Preisschwankungen, Ueberkapazität, fallende Rentabilität. Während der Krise hat sich die Lage weiter verschlimmert, und die amerikanischen Sachverständigen sind zur Ueberzeugung gekommen, dass ohne Herabsetzung des Schweinebestandes normale Bedingungen in der Schweinezucht nicht wiederherzustellen sind. Dies wurde auch von der AAA als Ausgangspunkt ihres Programms angenommen.

Rund 6,400,000 Tiere sind im Winter 1933/34 abgeschlachtet worden. Das gewonnene Fleisch (rund 100 Millionen Pfund) wurde konserviert und unentgeltlich unter den arbeitslosen Familien verteilt. Gleichzeitig mit dieser Aktion und einer grosszügigen Kreditgewährung an die Produzenten hat das Ministerium ein weitgehendes Anpassungsprogramm ausgearbeitet, dessen Kernstück eine 20prozentige Verminderung der Anbaufläche für Mais, verbunden mit der 25prozentigen Herabsetzung des Bestandes an Schweinen, bildete. Die Aktion erstreckte sich auf 55 Prozent der Maisanbaufläche und auf 75 Prozent bis 80 Prozent der Schweinezucht der Union.

Die Verträge sollten den Bestand an Schweinen um etwa 13 Millionen herabsetzen, in Wirklichkeit aber ist der Schweinebestand der Union um 25 Millionen zurückgegangen. Wenn man annimmt, dass die Landwirte 12 Millionen Schweine nach eigenem

freiem Ermessen, angesichts der neuen Verhältnisse auf dem Futtermarkt, abgeschlachtet haben, muss man erkennen, dass die Dürre sich wirksamer erwiesen hat als das System der Verträge der Landwirte mit dem Ministerium.

Am Ende des Jahres 1934 hat das Ministerium unter den Maisproduzenten und Schweinezüchtern ein Referendum veranstaltet. Von 580,000 Farmern, die sich an der Abstimmung beteiligten, stimmten 60 Prozent für die Fortsetzung der Aktion. Für die AAA war dies ein magerer Erfolg. Allerdings ein Jahr später, als das Ministerium sich im Oktober 1935 zum zweiten Mal an die Landwirte wandte, um deren Meinung über die Fortsetzung oder Einstellung der Staatskontrolle zu erfahren, betrug der Prozentsatz der Befürworter des AAA-Programms mehr als 85 Prozent.

Für das Jahr 1935 sollten die Anbaufläche für Mais ebenso wie der Schweinebestand bei den kooperierenden Landwirten dieselben bleiben wie im Vorjahre. Die Kontrolle über die Verwendung der freigehaltenen Anbaufläche wurde gelockert.

Die Versuche der AAA, die Milchproduktion durch eine 20prozentige Herabsetzung der Verkäufe dem Marktbedarf anzupassen, sind ergebnislos geblieben, da die Landwirte sich über das Programm nicht einigen konnten: Eine Hälfte stimmte dem Vorschlag des Ministeriums zu, die andere Hälfte lehnte jede Staatskontrolle der Milchproduktion ab.

Die AAA musste sich daher auf die Kontrolle der Milchpreise mittels der Marktvereinbarungen beschränken. Es wird allgemein anerkannt, dass es ihr gelungen ist, wesentliche Missstände zu beseitigen und zugleich mit dem Milchpreis auch die Qualität der Milchprodukte zu heben. Dies ist aber noch keine Lösung des Milchproblems — die Anpassung auf diesem Gebiete steht noch bevor.

Ganz anders hat sich die Tätigkeit der AAA in der Tabakproduktion entwickelt. Im Jahre 1934 haben 289,100 Landwirte Verträge mit dem Ministerium abgeschlossen, die 90 Prozent der Tabakproduktion Amerikas regeln sollten. Im Durchschnitt haben die kooperierenden Landwirte ihre Produktion um ⅓ herabgesetzt, wodurch die Gesamtproduktion an Tabak in der Union um rund 25 Prozent vermindert wurde. Das Ergebnis war, dass die Farmer im Jahre 1933/34 204 Millionen Dollar und im Jahre 1934/35 sogar 257 Millionen Dollar erhalten haben, während im Jahre 1932/33 ihre Gelderträge knapp 106 Millionen erreicht haben.

Im Sommer 1934 erhielten die Tabakproduzenten die Gelegenheit, über den Gesetzvorschlag von Kerr-Smith abzustimmen. Das Gesetz sollte die nicht kooperierenden Landwirte zugunsten der kooperierenden besteuern, und zwar in der Höhe der Preisdifferenz, die durch die Einschränkung der Produktion durch die kooperierenden Tabakerzeuger erreicht wäre. Mehr als 90 Prozent

der Landwirte, die insgesamt 97,3 Prozent der Tabakproduktion besorgen, haben mit « Ja » geantwortet.

Die Zuckerproduktionskrise verlangte besonders komplizierte Massnahmen: es handelte sich hier darum, einen Ausgleich zwischen zwei verschiedenen Kulturen zu sichern, von denen die Zuckerrübe hauptsächlich im Inlande erzeugt wird und das Zuckerrohr ein Einfuhrartikel ist. Gemäss den Bestimmungen des Johnes-Costigan-Acts wird das Problem auf die folgende Weise geregelt.

Das Ministerium veranschlagt den Bedarf des Landes an Zucker für das kommende Jahr. Ein bestimmter Teil dieses Betrages wird für die heimischen Rübenproduzenten reserviert: Sie dürfen etwa soviel erzeugen, wie im Durchschnitt der letzten Jahre. Der Rest (etwa drei Viertel des Gesamtbedarfes der Union) wird unter den Einfuhrländern und -gebieten (Kuba, Philippinen, Puerto-Rico, Hawaii und Virgin-Insel) sowie den Rohrproduzenten von Louisiana und Florida verteilt.

Die Zuckerrohrerzeugung in Louisiana sollte gewaltig eingeschränkt werden. Die AAA hat in diesem Fall die übliche Methode angewandt: das Ministerium schlug den Produzenten vor, mit ihm Verträge abzuschliessen, in denen eine 30-prozentige Kürzung der Anbaufläche vorgesehen war.

Gleichzeitig mit der Einführung der Verarbeitungssteuer (um die Vergütungen an die kooperierenden Landwirte zu decken) wurde der Einfuhrzoll für den Rohzucker herabgesetzt, so dass der Zuckerpreis im Einzelhandel unverändert geblieben ist.

Eines unterliegt keinem Zweifel: Das Einkommen der amerikanischen Landwirte ist in den letzten Jahren gewaltig gestiegen. Ihr Geldeinkommen betrug nämlich:

im Jahre 1932	. . . . .	4,3	Milliarden Dollars
» » 1933	. . . . .	5,1	» »
» » 1934	. . . . .	6,1	» »

Für das Jahr 1935 wird eine weitere Zunahme erwartet. In diesem Jahre war (zum erstenmal seit dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise!) die Landwirtschaft rentabel. Die Farmer hatten in diesem Herbst freies Geld, und dies trat in Erscheinung im Wachstum der Aufträge für landwirtschaftliche Maschinen, in der Belebung der Bautätigkeit auf dem flachen Lande, im Zufluss der Depositen bei den lokalen Banken usw.

Und noch eine Tatsache ist zu erkennen: Die AAA hat dem Staate keine finanzielle Belastung gebracht und hat das Leben in der Union nur in unerheblichem Masse verteuert. Die Belastung der Staatsfinanzen wurde durch das System der Verarbeitungssteuern vermieden. Was aber die Verteuerung des Lebens betrifft, die sich aus der Hebung der Agrarpreise ergeben sollte, so genügt es, die Bewegung des amerikanischen Lebenshaltungskostenindexes

näher zu betrachten. Im Jahresdurchschnitt 1933 lautete er auf 132,2 (1913 = 100), im Jahre 1934 auf 137,2, im ersten Halbjahr 1935 auf 140,4. Die Lebenshaltungskosten sind also in der Beobachtungsperiode um knappe 6 Prozent angewachsen.

Man darf aber das System nicht überschätzen. Es ist wertvoll als ein Versuch, die Landwirtschaft zu lenken, und als ein Beweis dafür, dass manches auf diesem Wege mit demokratischen Mitteln zu erreichen ist. Dennoch lässt uns vieles in diesem Experiment unbefriedigt.

Bisher ist es hier bei negativen Massnahmen, bei einer Anpassung nach unten geblieben. Es liegt etwas Groteskes in dem Versuche, die Krise damit zu bekämpfen, dass man die Produktion drosselt, die Ackerfläche vermindert und dafür den Landwirten auf Kosten der Verbraucher eine Vergütung auszahlt! Darüber hinaus können wir nicht den Grundsatz der AAA anerkennen, dass der Landwirt jedesmal, wenn er im eigenen Interesse vernünftig handelt, eine Belohnung dafür im baren Geld verlangen darf. Es besteht eine grosse Gefahr, dass die auf diese Weise durchgeführte Erziehung der Landwirte zur genossenschaftlichen Selbsthilfe sich in eine Karrikatur verwandelt. Die Selbsthilfe ist zwar eine schöne Sache, sie soll aber nicht auf Kosten der andern gehen.

Kurz, wir können die AAA keinesfalls als die Verwirklichung unserer Idee der Planwirtschaft betrachten. Eine vorübergehende planmässige Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion ist zu befürworten, sofern sie mit einer Politik verbunden ist, die eine neue Kaufkraft ins Leben ruft und die industrielle Produktion zu erweitern verspricht. Die Arbeiterklasse kann die Farmer in ihrer Forderung nach besseren Preisen unterstützen, sofern die Farmer ihrerseits der Forderung der Arbeiterschaft nach besseren Löhnen den Vorschub leisten. Die beiden Forderungen stehen in keinem Gegensatz zueinander. Das System der vernünftigen Wirtschaftspolitik bringt sie vielmehr in Einklang.

Die Wortführer der sozialen Reaktion in den Vereinigten Staaten machen der Regierung Roosevelts den Vorwurf, dass sie aus demagogischen Gründen den New Deal als ein einziges System darstellt und jeden der einen Teil dieses Systems angreift, als einen Gegner des sozialen Fortschritts und der aktiven Wirtschaftspolitik brandmarkt. Bildlich gesprochen, sind sie bereit, die Schweine abschlachten zu lassen, um den Farmern zu helfen, wollen aber nicht — aus grundsätzlichen Erwägungen heraus! — das Fleisch unter den Arbeitslosen unentgeltlich verteilen. In Wirklichkeit aber ist das Herausreissen einzelner Glieder aus der Kette der wirtschaftspolitischen Massnahmen unmöglich. Die AAA ist ein schlagender Beweis dafür.

*